

# ¡Fijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 617

Mittwoch, 12. Oktober 2016

23. Jahrgang

### Inhaltsverzeichnis

Indigene Gemeinden verteidigen Guatemalas Wälder gegen Abholzung.....	1
Die Gewerkschaft der Beschäftigten bei Coca Cola besetzt Niederlassung in Jalapa.....	3
Sololá kämpft mit Netzwerken gegen die hohe Gewalt rate gegenüber Frauen und Kindern.....	3
Die neue Präsidentin des Obersten Gerichtshofs: Nur Jimmys Liebling oder schlimmeres?.....	4
CSJ leitet Ermittlungsverfahren gegen zwei Abgeordnete ein.....	5
CSJ verwirft Antrag auf ein Ermittlungsverfahren gegen Richter Gálvez.....	6
Studierende der USAC bedroht.....	6
Vier Anzeigen gegen Präsidentschaftsbinom bei der Staatsanwaltschaft eingegangen.....	6
Illegaler Mietvertrag des Vizepräsidenten?.....	7
Landwirtschaftsministerium gibt weniger gegen Hunger aus .....	7

### Indigene Gemeinden verteidigen Guatemalas Wälder gegen Abholzung

*Bisher wurden in ¡Fijáte! vorwiegend die Konflikte zwischen indigenen Gemeinden und den BetreiberInnen der Bergbauindustrie oder der Wasserkraftwerke thematisiert. Der Journalist Jeff Abbott hat am 16. September einen Artikel in dem Online-Magazin Waging Nonviolence veröffentlicht, in dem die Verteidigungsaktionen von indigenen Gemeinden in verschiedenen Regionen des Landes gegen Holzfirmen vorgestellt werden. Dabei kommen auch alternative Projekte zur Sprache, die versuchen, Umweltschutz und Arbeitsmöglichkeiten für die BewohnerInnen miteinander zu verbinden.*

In allen Teilen Guatemalas organisieren indigene Gemeinden Aktionen gegen die Abholzung grosser Teile der Wälder des Landes. Sie sind sowohl über formal legale wie auch illegale Abholzung besorgt, da sie eine negative Wirkung auf die Wasserquellen und die Umwelt befürchten. Am 15. Juni haben betroffene BewohnerInnen der Ixil-Gemeinde Nebaj im Hochland des Departements Quiché eine Protestveranstaltung vor dem Gebäude der Kreisverwaltung organisiert, um ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck zu bringen, dass eine wachsende Zahl an Lastwagen mit geschlagenen Holzstämmen die Stadt verlässt. Ziel der BewohnerInnen und der Mitglieder der indigenen Verwaltung von Nebaj war es, Druck auf den Staat auszuüben, damit diese den neun Unternehmen die Lizenzen zur Holzausbeutung wieder entziehen. Die Entwaldung habe für alle in der Region lebenden Menschen negative Folgen. Nach der Aktion in Nebaj haben besorgte BewohnerInnen im benachbarten Kreis Chajul Lastwagen, die Holzstämmen aus der Region geladen hatten, mehrere Stunden lang blockiert und die Fahrer „festgenommen“. Sie forderten, dass das Nationale Institut für Wälder (INAB) und die Abteilung für den Schutz der Umwelt diese Vorgänge stoppen. Sie beschrieben die Menge des abtransportierten Holzes aus den lokalen Wäldern als „übermässig“. Die beiden Aktionen in Nebaj und Chajul wiederum folgen auf eine Aktion, die von Mitgliedern der indigenen Autoritäten von Cotzal, eine weitere Ixil-Gemeinde, ausging und ebenfalls ihre Besorgnis gegenüber der INAB formulierte. (...) Die Regierungsbehörden haben jedoch keinen Handlungsbedarf gesehen und öffentlich erklärt, dass sie für jeden einzelnen abgeholzten Baum einen neuen anpflanzen würden. Diese Antwort hat die BewohnerInnen jedoch nicht überzeugt. (...) So sagte Caty Terraza, die Sprecherin der Indigenen Autorität von Nebaj: „Sie sagten uns, dass sie neue Bäume setzen würden. Aber wie lange dauert es, bis die so gross sind wie die, die sie abgeholzt haben?“ Die beteiligten Unternehmen wiederum beantworteten die Proteste mit einer signifikanten Reduzierung der Zahl der Lastwagen, die das Holz aus den Bergen abtransportieren. Laut der BewohnerInnen ist es

jedoch unklar, ob dies auch zukünftig so sein wird. Die Mobilisierung der Gemeinden aufgrund der Abholzungen zeigt die steigende Besorgnis über die Umweltzerstörung durch Unternehmen. Sie sind Ausdruck des zunehmenden Bewusstseins in den Gemeinden, wie wichtig die Wälder beim Schutz der Wasserressourcen sind. „Die Bäume dienen uns und den Tieren“, sagt Terraza. „Der Verlust an Bäumen lässt die Wasserreservoirs austrocknen. Als junger Mensch muss ich über meine Zukunft nachdenken und über das, was ich meinen Kindern hinterlasse.“ Andere Gemeinden haben ähnliche Proteste organisiert, etwa am 26. Juni in Santa Cruz de Quiché, der Hauptstadt des Departements. (...)

### **Der Holzschlag hat überall in Guatemala zugenommen**

Guatemala hat riesige Wald- und Regenwaldflächen, aber diese Gebiete stehen unter erhöhtem Druck der Entwaldung. KritikerInnen machen als erste Schuldige die ungebildeten BäuerInnen dafür verantwortlich, da diese Land für ihre Landwirtschaft rodeten. Dies ist tatsächlich ein Problem, aber es gibt noch viel grössere VerursacherInnen, z.B. die Holzunternehmen und die organisierte Kriminalität. Die Proteste der indigenen Gemeinden gegen die Holzindustrie fallen in eine Zeit, in der das Bewusstsein über die Thematik besonders hoch ist, wie etwa der historische Marsch für Wasser im April 2016 gezeigt hat. RepräsentantInnen von Gemeinden und NGOs und AktivistInnen haben den engen Zusammenhang zwischen Wäldern und Wasser erkannt. Auch die guatemalteckische Regierung hat eine Wiederaufforstungskampagne gestartet, was allerdings die Unternehmen, die Wälder mit wertvollem Holz schlagen, oder Drogenschmuggler, die im nördlichen Departement von Petén illegale Landbahnen bauen, nicht gestoppt hat. Das guatemalteckische Wirtschaftsministerium fördert aktiv Investitionen von Unternehmen, die an der Ausbeutung der 8.100 Quadratkilometer Wald interessiert sind. Holzunternehmen und -verkäufer haben ihre Interessen an den weiten Waldflächen im Hochland, in denen sie seltene harte und weiche Hölzer wie Teak, Mahagoni, Eichen, aber auch die häufiger vorkommenden Kiefern finden. Diese Ressourcen können hohe Preise auf dem Markt erzielen. Der Export von Holz und Holzprodukten aus Guatemala hat stark zugenommen, zwischen 2013 und 2014 um acht Prozent von 6,7 Millionen auf 8,6 Millionen Dollar. Die Zahlen führen den Trend der letzten Jahre weiter. Aber diese Exportsteigerungen bringen die Unternehmen eben in Konflikte mit indigenen Gemeinden. Aus der Forschung des Umweltaktivisten und -forschers Juan Skinner lässt sich erkennen, dass die indigenen Regionen durchschnittlich mehr Wälder beherbergen als die überwiegend von der nicht-indigenen Bevölkerungsgruppe bewohnten Regionen. (...)

### **Kommunale Wälder schützen**

Die Maya-Gemeinden Guatemalas sind in ihrer Sorge über die Zerstörung der Wälder nicht allein. Die Xinca-Gemeinde Quesada, Departement Jutiapa, hat schon seit langer Zeit Schritte unternommen, um die Wälder auf ihrem kommunalen Land zu schützen. Die Xinca sind eines der vielen Völker in Guatemala. Die ländlichen Gemeinden haben bereits seit 1850er Jahren ihren Wald und die Berge als Gemeindeland deklariert und geschützt. 80 % ihres 5.463 Hektar umfassenden Landes sind Waldflächen, der Rest dient zum Anbau von Mais und Kaffee. „Unsere Vorfahren haben uns das Land hinterlassen und den Auftrag, die Berge zu schützen“, sagt Jak Mardogeo Ogorio, Repräsentant des Vorstandes der Gemeinde. „All das wurde von Generation zu Generation weitergegeben und wir führen dies heute fort. Bevor du einen Baum fällen kannst, musst du die Erlaubnis des Rates einholen.“ Die Gemeindevorstände haben auch jegliche grössere Holzschlagoperationen verboten. „Wir erlauben Unternehmen nicht, in unseren Wäldern zu arbeiten“, sagt Ogorio. „In zurückliegenden Zeiten haben Unternehmen versucht, mit uns um Ländereien zu verhandeln. Aber sie wollten immer mehr haben. Wie viele Jahre braucht ein neu gepflanzter Baum zum Wachsen? Hoch in den Bergen stehen Bäume, die du mit drei Personen nicht umfassen kannst. Solche Bäume schützen wir.“ Ogorio und die dreizehn weiteren Ratsmitglieder der Gemeinde arbeiten direkt mit den BewohnerInnen zusammen, um deren Bewusstsein über die Bedeutung der Wälder zu schärfen. Dies geschieht über regelmässige Treffen, Trainings und Kampagnen für alternativen Öfen, die weniger Feuerholz benötigen. Im August und September 2016 hat der Rat in Zusammenarbeit mit der NGO Utz Che die Isolierung von 400 Öfen umgesetzt. „Dieses Projekt hilft uns dabei, die Entwaldung zu verlangsamen, weil die Öfen weniger Feuerholz brauchen und damit nicht mehr so viel Holz benötigt wird“, sagt Ogorio. (...) Die Gemeindevorstände von Quesada wachen über die Bedrohungen durch Waldbrände auf ihrem kommunalen Land. Das wird von der INAB finanziert. Damit wurden zugleich Arbeitsmöglichkeiten in einer Region geschaffen, in der es wenige Jobs gibt.

### **Im Angesicht der Holzfirmen**

Die Gemeinde La Bendición im Süden des Departements Esquintla ist eine der wenigen Regionen an der Südküste, die nicht durch Zuckerrohr- und Palmplantagen dominiert wird. Die BewohnerInnen der kleinen Gemeinde waren im Bürgerkrieg dorthin vertrieben worden. Am Ende des Krieges, im Jahre 2000, erwarben sie über FONATIERRA eine 2.200 Hektar grosse Kaffeefarm für etwa eine Million Dollar, viel mehr als das Land wert gewesen wäre. Als die eh schon verschuldeten Familien 2001 dort ankamen, waren sie geschockt, als sie bemerkten, dass das Land nicht in dem Zustand war, den FONATIERRA versprochen hatte. Es gab keine Flüsse. Die starken Winde schädigten die Pflanzen und es gab auch keine geteerte Strasse. Aber es gab einen Wald, der eine Wasserquelle in sich barg. Viele BewohnerInnen waren enttäuscht und verliessen den Ort. So blieben 53 von ursprünglich 170 Familien zurück. Die BewohnerInnen waren weiterhin verschuldet, obwohl sie reiche Wälder ihr Eigen nannten. 2002 schlug FONATIERRA als Lösung ihrer Probleme den Verkauf des Waldes vor. „Dieselbe Stiftung, die uns beim Kauf des Landes 'geholfen' hatte, machte nun Druck, um den Wald zu verkaufen und so die Schuldenlast zu senken“, sagt Veronica Hernández, eine 47-jährige Gemeindeleiterin. „Aber wir weigerten uns, denn nach dem Verkauf des Waldes hätten wir keine Wasserquelle gehabt –

oder nur verschmutztes Wasser.“ Seit ihrer Weigerung, das Land an die Holzfirmen zu verkaufen, hat die Gemeinde aktiv begonnen, ihren Wald gegen illegale Holzfäller zu schützen. Sie halten regelmässige Treffen ab, um alle über die Bedeutung des Waldes zu sensibilisieren und dafür zu sorgen, dass niemand in die Berge geht und wertvolle Bäume schlägt. „Der Wald ist ein Quell des Lebens“, sagt Hernández. (...) „Der Wald sorgt dafür, dass wir Wasser haben, gute Luft und Früchte, die wir selbst essen oder auch auf dem Markt verkaufen können.“ Die BewohnerInnen haben auch Projekte entwickelt, etwa in Quesada, mit dem Ziel, den Waldes zu schonen. Die Projekte mit den Öfen und Solaranlagen wurden gut angenommen und laufen erfolgreich. Die Arbeit zum Schutz des Waldes wurde noch intensiviert nach dem Marsch für Wasser im April 2016. Damals waren Tausende BäuerInnen von überall her in die Hauptstadt gelaufen, um den Schutz des Wassers anzumahnen. „Dieser Marsch war total wichtig für uns und die anderen Küstengemeinden“, sagt Hernández. „Er hat unser Engagement noch mehr gestärkt.“ Auch wenn es die Gemeinde bisher geschafft hat, die Holzfirmen aus ihrem Land herauszuhalten, bleiben Hernández und die übrigen Gemeindemitglieder wachsam, um zu verhindern, dass sich dieser Zustand ändert. „Diese Unternehmen kommen stets in unsere Gemeinden, um uns auszunehmen. Und dann lassen sie uns mit all den (Folge-)Kosten zurück.“

### **Bewusstseinsbildung in den Gemeinden**

Kehren wir nach Nebaj zurück. Die indigenen Autoritäten wollen die Erfahrungen der Projekte in La Benedición und Quesada zum Schutz des Waldes für sich anwenden. „Wir versuchen unsere Gemeindemitglieder über die Folgen der Entwaldung zu informieren“, sagt Terraza. Der Informationsaustausch wird durch die lokale Ixil Universität gestärkt, die das Ziel hat, Bewusstsein zu schaffen und mehr Bildung in die Region zu bringen. Das sei jedoch noch nicht genug, sagt Terraza: „Wir müssen dafür kämpfen, dass wirklich alle Leute von den negativen Wirkungen des Holzschlags wissen.“ Die indigenen Vorstände von Nebaj erklärten, dass sie weitere Aktionen planten, u.a. auch weitere Druckkampagnen gegenüber der INAB und anderen staatlichen Behörden, Blockaden von Lastwagen, die Holz abtransportieren. „[INAB] ist eine staatliche Institution“, sagt Terraza. „Aber dass wir all diese Bäume noch haben, liegt daran, dass wir den Wald aktiv geschützt haben und dass dies unsere Vorfahren bereits taten. Es sollte für die Behörden wie INAB nicht so einfach sein, zu uns zu kommen und den Unternehmen die Lizenz zur Ausbeutung des Waldes zu geben.“

## **Die Gewerkschaft der Beschäftigten bei Coca Cola besetzt Niederlassung in Jalapa**

**Jalapa, 5. Okt.** Die guatemaltekische Niederlassung von Coca Cola hat entschieden, ihr Produktionsstätte im Departement Jalapa zu schliessen und damit auch die Arbeitsverträge der MitarbeiterInnen zu kündigen. Die Gewerkschaft der Coca-Cola-Beschäftigten (...) reagierte darauf mit der Besetzung der Fabrik. Der Gewerkschaftssekretär Carlos Alberto Lux Álvarez erklärte gegenüber Cerigua, dass Coca Cola 1984 in ähnlicher Weise bei den GewerkschaftsrepräsentantInnen auftauchte wie am vergangenen Montag (3. Oktober). Laut Lux wurde der Schliessungsbeschluss gefällt, nachdem die Gewerkschaft ein erstes Vertragsangebot abgelehnt hatte, welches womöglich bedeutet hätte, dass die VerkäuferInnen 50 % ihres Lohnes verloren hätten, wenn sie eine bestimmte Verkaufsmenge nicht erreichen würden. „Alles, was wir wollen, ist ein Tarifvertrag mit unverzichtbaren Minimalrechten. Daher halten wir das neue, jetzt vorgeschlagene Verkaufssystem für rechtswidrig“, unterstreicht Lux. Als das Unternehmen am Montag entsprechende Massnahmen vornehmen wollte, erklärten ihnen die Arbeitsinspektoren, dass diese illegal seien und streikten. Daraufhin wurde ihnen zwei Stunden Zeit gegeben, damit die ArbeiterInnen wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, ansonsten würden ihnen Geldstrafen auferlegt. Das Personal von Coca Cola widersetzte sich der vorgeschlagenen Zeit und blieben bei ihrer Entscheidung. Die Gewerkschaft entschied, die Gebäude in Jalapa zu besetzen - und zwar aus drei Gründen: Erstens, damit ihre Rechte nach § 255 des Arbeitsrechts, die nun verletzt wurden, zurückgegeben werden; zweitens, damit ihre Aktion nicht als Arbeitsniederlegung aufgefasst werde; und drittens, um die Gebäude und deren Güter, insbesondere Arbeitswerkzeuge zu bewachen. Schliesslich appellierte der Gewerkschaftssekretär an die staatlichen Stellen, für die Einhaltung der Rechte der ArbeiterInnen einzutreten. (Cerigua)

## **Sololá kämpft mit Netzwerken gegen die hohe Gewaltrate gegenüber Frauen und Kindern**

**Sololá, 28. Sept.** Die soziale Abteilung der Staatsanwaltschaft (MP) und das Ministerium für Öffentliche Gesundheit und Soziale Hilfe koordiniert Aktivitäten, um gegen die hohe Gewaltrate gegenüber Frauen und Kindern im Departement Sololá zu kämpfen. Heidy Chávez, Sozialarbeiterin der Abteilung für Frauen der MP in Sololá, sagte, dass es das Ziel sei, die Massnahmen zur Reduzierung der Gewalt zu vereinheitlichen und die diesbezügliche Zusammenarbeit zwischen Regierungsstellen und bürgerschaftlichen Aktivitäten besser zu koordinieren. Es soll ein Netzwerk entstehen, das sich um die Opfer kümmert, ihnen den Zugang zur Justiz ebnet, sie in sozialen, psychologischen, medizinischen und rechtlichen Fragen begleitet. Das Netzwerk, das Anfang des Jahres gegründet wurde, hat seither 700 bis 1.000 Fälle von Gewalt registriert. Die MP-Abteilung für Opferschutz hat acht bis zehn Fälle täglich betreut, von denen die meisten Gewalt gegen Frauen, Misshandlung von Minderjährigen, Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe beinhalteten. Das

Netzwerk setzt sich zur Zeit aus mehr als 80 Organisationen im Departement Sololá zusammen, etwa MP, den regionalen Abteilungen des Gesundheitsministeriums, der Nationalpolizei, Militärreserven und NGOs. Rigoberto Hernández vom Gesundheitsministerium erklärte, dass sich Schritt für Schritt mehr Institutionen dem Netzwerk anschließen, da diese sich für das Wohl der Bevölkerung engagieren, die von irgendeiner Form von Gewalt betroffen sei. Im Gesundheitsbereich würde den Opfern direkte medizinische Hilfe gewährt, etwa im Nationalkrankenhaus, im Gesundheitszentrum und den Versorgungszentren auf der kommunalen und Kreisebene im Departement.

Laut Mario Velásquez von der Abteilung für Prävention der Polizei ist das Netzwerk wichtig, um die diesbezüglichen Massnahmen für die Opfer der verschiedenen Instanzen eine einheitliche Stossrichtung zu geben. Die Polizei spiele dabei eine wichtige Rolle. Ingrid Bulux von der Stiftung der Mayafamilie erklärte, dass das Netzwerk einen Beitrag leisten wolle zur Reduzierung der Gewalt, besonders gegen Frauen.

Ein weiteres Netzwerk in Sololá beschäftigt sich mit der Prävention von Gewalt, sexuellen Übergriffen und Menschenhandel und traf sich erstmals mit Medien. Edgar Leiva vom Sekretariat gegen sexuelle Gewalt und Menschenhandel sagte, dass dieses Treffen mit den Medien deshalb wichtig sei, damit die schwerwiegenden Probleme und ihre Hintergründe, die viele Guatemaltekinnen, insbesondere Frauen, erlitten, bekannt würden. Das Sekretariat führt Workshops und Trainings für verschiedene soziale AkteurInnen durch, um sie für die Themen zu sensibilisieren und so - ganz im Sinne des Gesetzes gegen sexuelle Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel - zur Prävention solcher Delikte beizutragen. Nancy Guerra, Psychologin in der Abteilung der Staatsanwaltschaft für die Betreuung der Opfer, sagte, dass den Medien erklärt worden sei, wie Anklagen bearbeitet würden, um eine erneute Viktimisierung zu verhindern, d.h. dass die Opfer nur einmal ihre Klage vorbringen und erläutern sollen, um nicht mehrmals die traumatischen Erfahrungen der Gewalt durchleben zu müssen. Juana Sánchez, Lokaljournalistin aus San Antonio Palopo, sagte, dass diese Veranstaltungen wichtig seien, um die verschiedenen Arten der Gewalt zu differenzieren und dabei zu helfen, eine Kultur zu schaffen, in der es normal ist solche Delikte anzuzeigen. (...) (Cerigua)

## **Die neue Präsidentin des Obersten Gerichtshofs: Nur Jimmys Liebling oder schlimmeres?**

**Guatemala, 27. Sept.** Der Tsunami scheint noch nicht mit genügend Kraft den Obersten Gerichtshof (CSJ) getroffen zu haben, deren RichterInnen in einer Koalition aus PP und LIDER im Jahr 2014 gewählt wurden. Dass gegen zwei RichterInnen und deren Angehörige Ermittlungsverfahren von der MP und der CICIG laufen, verhinderte nicht, dass neun von dreizehn Mitgliedern des CSJ eine Richterin zur Vorsitzenden wählten, die von der überaus umstrittenen Richterin Blanca Stalling vorgeschlagen worden war. Gewählt wurde Silvia Patricia Valdés, der in Bezug auf den Kampf von MP, CICIG und PDH gegen Straffreiheit und Justizreformen eine ungewisse Rolle prophezeit werden muss. Sie könnte auch ein Rettungsanker für den angeschlagenen Präsidenten Jimmy Morales sein. Der Oktober ist angebrochen und wie schon in den vergangenen 18 Monaten brennt es überall. Da gibt es die Ermittlungen der MP über eine falsche Rechnung in einem Korruptionsfall der PP von 2013, die der Sohn und der Bruder von Jimmy Morales ausgestellt hatten. Die Schuld, die Sammy Morales bereits eingeräumt hatte, könnte ihn und seinen Neffen ins Gefängnis bringen. Und dann gibt es da noch die öffentliche Aussage des Drogenhändlers El Fantasma, der erklärte, er habe dem Sohn des Vizepräsidenten Jafeth Cabrera Geld für die Wahlkampagne der FCN gegeben. Der Vizepräsident hat zudem das Problem, dass er nicht darlegen könne, woher das Geld stammt, mit dem er die Miete für die Luxusvilla, in der er lebt, zahlt.

Die neue Präsidentin des CSJ, Silvia Valdés, wird in den sozialen Netzwerken als Jimmys Liebling bezeichnet, also eine jener Personen, die den Präsidenten Jimmy Morales stets gegen jegliche Kritik öffentlich in Schutz nimmt. Viele von diesen VerteidigerInnen im Netz werden dafür bezahlt, andere machen es von sich aus. Seit dem 14. September aber ist diese Spezies vom Aussterben bedroht. Aber eine Angehörige dieser Spezies ist die Richterin Silvia Valdés. „An @CaidaIbarra [Carmen Aída Ibarra]: Der Präsident macht seine Sache doch gut. Lassen Sie ihn in Ruhe regieren. Er ist doch nicht Harry Potter mit dem Zauberstab, Silviapatricia (@cuchivaldes) 14 de septiembre de 2016“. Das twitterte Valdés an die Bürgerrechtsaktivistin Carmen Aída Ibarra von der Bewegung für Gerechtigkeit und forderte sie auf, Jimmy „in Ruhe regieren zu lassen“. Was passiert nach diesem Tweet eigentlich, wenn der Fall des Präsidentensohnes José Manuel Morales und des Präsidentenbruders Samuel Morales vor den CSJ kommen sollte, den Silvia Valdés die nächsten zwölf Monate leitet? Werden diese Fälle ihren Diskurs verändern, dass Jimmy einer der besten aller guatemalteki-schen Präsidenten ist?

### **Ihre Nähe zu korrupten RichterInnen**

Der aktuelle Senat des CSJ (Amtszeit 2014-2019) wurde aufgrund eines Paktes zwischen der Patriotischen Partei (PP) und LIDER ausgewählt. Es gehörte zu dem Plan, der sichern sollte, dass die Korruption innerhalb der PP-Regierung straffrei bleibt. Er erhielt 95 der 97 Stimmen aus den beiden Parteien. Der Plan ging auch auf, bis die Ermittlungen von MP und CICIG gegen die Regierung der PP Mitte 2015 begannen und die RichterInnen des CSJ die Ermittlungen gegen Abgeordnete und Regierungsfunktionäre erlaubten. (...)

Mehr noch als es der Begriff Jimmys Liebling suggeriert, hat die Wahl von Silvia Valdés einen Makel in seiner Entstehung. Sie war der Wahlvorschlag von Blanca Stalling, deren Sohn wegen des Falls um die Sozialversicherung und die fehlerhaften Medikamente (IGSS-Pisa), der zum Tod von mehr als 50 PatientInnen führte, angeklagt ist. Und ihre Schwägerin, die Richterin Marta de Stalling, wurde von der CICIG und der MP beschuldigt, gegen Geld zum Wohle der

führenden Köpfe des Betrugskartells „La Línea“ geurteilt zu haben. Dass eine solche Richterin jemanden vorschlägt ist schlimmer als „Jimmys Liebling“ genannt zu werden. Dass eine solche Richterin jemanden zur Präsidentin des CSJ vorschlägt, hätte den Wahlprozess erschweren müssen. Dem war aber nicht so. (...) Der scheidende Präsident des Gerichtshofes, Rafael Rojas, erklärte der Zeitung „La Hora“, dass Silvia Valdés von Stalling vorgeschlagen worden war und dass sie von acht weiteren RichterInnen unterstützt worden sei. Die einzigen, die gegen sie stimmten, waren Silvia García, Delia Dávila, María Eugenia Morales de Sierra und Rafael Rojas selbst. Die mögliche Absicht von Silvia Valdés, den Kampf gegen die Straffreiheit zu bremsen, nahm Gestalt an in einem Moment, in dem sie einmal bereits praktische Macht hatte.

Douglas Charchal, ein suspendierter Richter des CSJ, gegen den MP und CICIG ermitteln, erhielt eine letzte Möglichkeit, zum CSJ zurückzukehren, als Silvia Valdés während einer Reise des amtierenden Präsidenten, Rafael Rojas, dessen Amtsgeschäfte übernahm. Laut eines Briefs, den die Organisation #Justicia Ya veröffentlichte (s. <https://cmiguate.org/12642-2/>) und ergänzt durch eine Meldung, die damals noch nicht bestätigt wurde, sollte Charchal wieder in das Gremium zurückkehren können, sofern jene, die ihn stützen, einen Monat später für Silvia Valdés als neue Präsidentin des CSJ votieren würden. Diese Meldung darüber führte zu Ablehnungen in den sozialen Netzwerken und dieser Plan fiel in sich zusammen. An jenem Tag hob der Kongress die Immunität von Douglas Charchal auf, der sofort aufgrund seiner Rolle im Fall der Hafenbehörde TCQ angeklagt wurde, einem weiteren Kartell der PP (in dem zudem Charchals Bruder, der ex-Offizier Victor Charchal, einige ungerechtfertigte Kontrakte zu seinem Gunsten erhielt, s. <https://cmiguate.org/cicig-y-mp-golpean-a-otra-estructura-que-incluye-a-la-corte-suprema/>). Allerdings konnte der andere Teil des Plans verwirklicht werden: Silvia Valdés wurde am 26. September zur Präsidentin der CSJ gewählt.

### **Sie hat Alliierte in allen wichtigen AnwältInnengruppen**

Im Jahre 2014 konnte Silvia Valdés bei der Wahl in den Senat des CSJ die Unterstützung von drei AnwältInnengruppen in der Berufungskommission erlangen. Von den „traditionellen“, die dem privaten Sektor nahe stehen; von denen, die mit Roberto López Villatoro verbunden sind; und von jenen, die der Regierung der PP nahe stehen (s. <https://nomada.gt/asi-se-eligieron-los-13-jueces/>). Gegen Roberto López Villatoro ermittelt die CICIG wegen des Verdachts, ein Haus an einen/e der RichterInnen verkauft zu haben, die in der Berufungskommission der RichterInnen des CSJ sassen und diese 2014 bestimmten (s. <https://nomada.gt/un-juez-al-que-el-rey-le-regalo-una-casa-quiere-llegar-a-la-cc/>).

Die Webseite CMiguate.org erinnerte daran, dass Silvia Valdés „2014 die Aufstellung von Sandra Torres als Präsidentschaftskandidatin ablehnte; in Geschäfte in der guatemaltekischen Botschaft in Bogotá verwickelt war, bei denen ihr Mann als rechtlicher Vertreter des US-Versicherungskonzerns Panamerican Life / Compañía de Seguros S.A. war. Valdés ihrerseits ist juristische Assessorin für Industrias Molina S.A. (El Salvador), Hacienda Virgil, S.A., Jacqueline Carol, S.A., Alimentos Kraft, S.A. und Proyecto Inmobiliario San Isidro, S.A. (Peru)“ Valdés war zudem mehr als zehn Jahre als Richterin tätig. Es wird sich zeigen, welche Rolle sie als Präsidentin des Obersten Gerichtshofs zwischen dem 13. Oktober 2016 und 12. Oktober 2017 spielen wird. (Rodrigo Véliz und Martín Rodríguez Pellecer von Nómada)

## **CSJ leitet Ermittlungsverfahren gegen zwei Abgeordnete ein**

**Guatemala, 4. Okt.** Die RichterInnen des Obersten Gerichtshofs (CSJ) entschieden, den Anträgen einer richterlichen Vorentscheidung gegen die Abgeordneten Amílcar de Jesús Pop Ac von der Bewegung Winaq und José Conrado García Hidalgo von der Partei LIDER stattzugeben. Die Anzeigen wurden durch die Staatsanwaltschaft (MP) gestellt:

Gegen Pop Ac, da er sich mutmasslich der Vereitelung der Verhaftung der Gemeindeführer Andrés Patzán und Leonso Raxón Boror aus Los Pajoques, San Juan Sacatepéquez, Departement Guatemala schuldig gemacht habe. (*Hintergrund ist das Massaker an elf Personen während der sozialen Kämpfe um die Strasse zur Zementfabrik im Herbst 2014 in dem Ort (s. ¡Fijáte! 567-571). Im Juni 2015 hatte Amílcar Pop bei Auseinandersetzungen während einer Demonstration der San Juaneros/as in der Hauptstadt gemeinsam mit dem PDH und dem Chef der PNC vermittelt und den Bus der San Juaneros/as in ihr Dorf begleitet. Siehe dazu aus der Sicht der sozialen Bewegungen auf [García Hidalgo wird beschuldigt, Gelder von dem Rechtsassessor im Innenministerium, José Mendizábal Monroy, erhalten zu haben, der weder Familienangehöriger ist, noch in einem Arbeitsverhältnis mit ihm steht. Vermutlich ging es um die Begleichung von Schulden.](https://comunitaria-press.wordpress.com/2015/06/14/la-pnc-retiene-cinco-horas-un-autobus-de-san-juan-sacatepequez-saliendo-del-13j/d.Red.].</a></i></p></div><div data-bbox=)*

Beide Abgeordneten haben 60 Tage Zeit, um dem CSJ einen Bericht zu schreiben, in dem sie ihre Version der Tatsachen darstellen. Daraufhin wird der CSJ eine Empfehlung abgeben, ob das Ermittlungsverfahren fortgeführt werden soll.

Die Winaq-Partei will dies allerdings so nicht hinnehmen. Sie klagte öffentlich die Existenz einer medialen, politischen und strafrechtlichen Verleumdungskampagne gegen ihren Generalsekretär an. Er habe sich sein Leben lang für die Rechte der indigenen Völker, gegen die Korruption und die Straffreiheit, sowie gegen Konzerne, die auf scheinbar legale Weise die natürlichen Ressourcen und nationalen Güter des Landes abbauen, eingesetzt. (EP)

## CSJ verwirft Antrag auf ein Ermittlungsverfahren gegen Richter Gálvez

**Guatemala, 4. Okt.** Der Oberste Gerichtshof (CSJ) gab am gleichen Tag nach der Annahme des Ermittlungsverfahrens gegen die beiden oben genannten Abgeordneten bekannt, dass er einen solchen Antrag gegen den Richter Miguel Ángel Gálvez zurückweise. Man spreche ihm auch nicht seine Immunität ab.

Die Stiftung gegen Terrorismus hatte Anfang September einen entsprechenden Antrag gestellt. Der Antrag wurde damit begründet, dass Gálvez ein Treffen mit „AktivistInnen der extremen Linken“ abgehalten habe, was ein Foto beweise soll. Ricardo Méndez Ruiz, Präsident der Stiftung gegen Terrorismus, war Verteidiger in den Prozessen, in denen Armeeingehörige angeklagt waren. Gálvez führt derzeit verschiedene wichtige Fälle von Korruption, in denen Ex-Funktionärinnen der PP, darunter Otto Pérez und Roxana Baldetti, angeklagt sind. (SV)

## Studierende der USAC bedroht

**Guatemala, 4. Okt.** Der Studentenrat der Universität San Carlos von Guatemala (USAC) zeigte beim Büro des Menschenrechtsombudsmann (PDH) an, dass sie aufgrund ihrer Beteiligung im Prozess der Rückgewinnung der Studierendenvereinigung der Universität (AEU) eingeschüchtert worden seien - und zwar einerseits der Präsident der Vereinigung der Ingenieurstudierenden, Gabriel Moreira, und andererseits der Präsident der Vereinigung der Studierenden der Medizin, Andrés Monzón.

Ihr Rechtsberater von der Bürgerlichen Aktion, Eddy Cux bat, dass man ihnen Schutzmassnahmen gewähre, da sie sich in Gefahr befänden. Die Angriffe auf die Studierenden, so Cux weiter, geschahen aufgrund deren Forderungen einer transparenten und demokratischen Universität. Zusammen mit dem Kollektiv Justicia Ya unterstützt deshalb die Bürgerliche Aktion diese studentischen Forderungen. Aussagen von Studierenden belegen, dass die Bedrohungen und Einschüchterungsversuche gegen Studierende seit der Demonstration vom 20. September gestiegen seien. Besagte Drohungen gingen per SMS und Anrufen auf ihren Handys ein. Auch den Obersten Universitätsrat informierten die Studierenden, damit ihnen Sicherheit garantiert werde.

Das Ziel der studentischen Aktionen sei es, den Wahlprozess der Universität zu demokratisieren und die Leitungsposten der AEU, also der StudentInnenvereinigung neu zu besetzen, die vor drei Jahren von der Übergangskommission besetzt wurden. Seitdem gab es keine Neuwahlen. Die Studierenden waren sich der Risiken bewusst, die dieser Prozess beinhalten könnte, aber dies zu tun, sei das Richtige. (...) Am vergangenen 20. September trafen sich dutzende von Studierenden ohne Wissen der aktuellen AEU-Leitung und marschierten zum Sitz der AEU. Grund dafür ist, dass für die Studierenden die aktuelle AEU nicht ihre Interessen vertrete. Der Leiter des PDH, Jorge de León Duque, versicherte, dass man, wie bei jeder Beschuldigung, die Studierenden begleiten werde und sollte man strafrechtliche Indizien finden, würde das Ganze an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, die eine tiefgreifende Untersuchung aufnehmen könne. (EP)

## Vier Anzeigen gegen Präsidentschaftsbinom bei der Staatsanwaltschaft eingegangen

**Guatemala, 4. Okt.** Zwischen dem 8. und 28. September diesen Jahres erhielt die Abteilung für Verwaltungsdelikte der Staatsanwaltschaft (MP) vier Anzeigen gegen den Präsidenten Jimmy Morales und seinen Vize Jafeth Cabrera. Zwei dieser Anzeigen gehen auch gegen jene MinisterInnen, die das Dekret 5-2016 unterzeichneten, welches für 48 Stunden einen Ausnahmezustand ausrief (siehe letztes **¡Fijáte!**) und damit verfassungsmässige Rechte aussetzte. Bisher konnte die MP noch nicht ihre Ermittlungen aufnehmen, erklärte die Chefin der MP-Abteilung, Tamara de León. Die ersten beiden Anzeigen wurden durch José Ovidio de León Roque gestellt und richten sich gegen Präsidenten und Vizepräsidenten. Beide werden wegen Nepotismus, Autoritätsmissbrauch und Vetternwirtschaft beschuldigt (*siehe oben der Artikel aus Nómada*). Die dritte und vierte rechtliche Aktion gegen die beiden und 14 weitere MinisterInnen wurden durch Rafael Maldonado Flores, Anwalt von CALAS (Zentrum für legale, soziale und Umwelt-Aktionen) – wegen Amtsmissbrauch und verfassungsfeindlicher Beschlüsse - und der Fraktion der UNE - gegen die UnterscriberInnen des Dekrets 5-2016 – gestellt. CALAS und die UNE begründen dies damit, dass „während der Tage, in dem das Abkommen gültig war, verfassungsmässige Rechte hätten verletzt werden können“. Orlando Blanco von der UNE sagte, dass das die Regierung dazu hätte verleiten können, gegen die Verfassung zu verstossen und ihre Pflichten nicht zu erfüllen. Die Anzeigen sollen eine Präzedenzfall bilden, damit „diese Art von Überraschungen und versuchten Staatsstreichen“ in der Zukunft nicht mehr geschehen.

Laut Blanco nutzt die Regierung samt ihrer MinisterInnen legale Mechanismen, um Rechte zu auszuhebeln. Das könne in der Zukunft Situationen hervorrufen, die dem Dekret von Ex-Präsident Serrano Elias im Jahr 1993 ähneln, als er versuchte die Legislative, die Judikative und das Verfassungsgericht aufzulösen. Das Risiko müsse durch die MP verringert werden. Blanco und Maldonado stimmen darüber ein, dass man gegen die Regierungsmitglieder rechtlich aktiv werden und ernsthafte Nachforschungen anstellen müsse. Blanco geht sogar soweit, zu fordern, dass man den Regierenden und MinisterInnen die Immunität aberkennen solle. (EP)

## Illegaler Mietvertrag des Vizepräsidenten?

**Guatemala 26. Sept.** ExpertInnen zufolge könnte der Mietvertrag, den Vizepräsident Jafeth Cabrera für eine Wohnung in einer exklusiven Zone der Hauptstadt unterhält, rechtswidrig sein. Grund dafür ist, dass er als ein Verwaltungsvertrag laufe und damit der Staat es wäre und nicht Cabrera, der dafür bezahle. In einer Pressekonferenz wurde der Amtsträger über die Höhe seiner Miete befragt. Er antwortete, dass er diese mit seinem Gehalt bezahle. Er wäre sogar bereit, dies vor Gericht zu beweisen. Er habe auch Rechte.

Ein Verwaltungsvertrag ist einer, der zwischen der öffentlichen Verwaltung und einem Unternehmen oder einer Privatperson getätigt wird, um eine öffentliche Arbeit, Dienstleistung oder Konzession auszuführen, die der öffentlichen Hand gehört. So interpretiert würde der Vize, laut Anwalt und Rechtsexperte Oswaldo Samayoa, gegen Gesetze verstossen, wenn bewiesen würde, dass seine Wohnung wirklich über so einen Verwaltungsvertrag liefe. Denn dann würde ja der Staat seine Miete zahlen. Javier Monterroso, ebenfalls Anwalt und Experte, erklärte, dass es nicht logisch sei, eine Wohnung per Verwaltungsvertrag zu mieten. Es müsse auf alle Fälle ein ziviler Vertrag sein. Vielleicht handele es sich lediglich um einen Irrtum.

Cabrera wurde zu der Höhe seiner Miete befragt, da die Summe, die in den Veröffentlichungen der nationalen Medien angegeben wurde, sehr hoch war, verglichen mit seinem monatlichen Einkommen. In jener Pressekonferenz antwortete der Befragte auf Nachfragen von Seiten der JournalistInnen: „Ich habe ihnen schon meine Erklärungen abgegeben. Von öffentlichem Interesse? Das interessiert sie? Wollen sie mir helfen, meine Miete zu zahlen?“. Er begründete seine ausweichenden Antworten damit, dass er nicht den Personen schaden wolle, die ihm die Wohnung vermietet haben. Auf die Regierung würde es ein sehr schlechtes Licht werfen, wenn sich die Beschuldigungen des Verwaltungsvertrags als wahr beweisen würden, so Samayoa. Denn das wäre Veruntreuung von Geldern und stehe im totalen Kontrast zu der „neuen Politik“ der Regierung. (LH)

## Landwirtschaftsministerium gibt weniger gegen Hunger aus

**Guatemala, 26. Sept.** Das Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Ernährung (MAGA) stoppte Anfang September ein Programm, welches sich zum Ziel gesetzt hatte, die Ernten von KleinbäuerInnen, die in Armut oder extremer Armut leben, zu schützen.

In seiner Rede zum Auftakt der Generalversammlung der Vereinten Nationen nannte Präsident Jimmy Morales den Kampf gegen die Unterernährung in seinem Land als einen der Kernpunkte seiner Arbeit. Trotzdem kündigte die Regierung auf dem Internet-Portal von Guatecompras (Guate-Einkäufe) an, dass man auf den Einkauf von Materialien zum Bau von Metallsilos verzichten werde. Diese hätten den Familien übergeben werden sollen, um ihre Ernten zu lagern und zu verhindern, dass diese verderben. Für das Jahr 2016 wurden für das Programm knapp 16 Millionen Quetzales (1,87 Mio. Euro) veranschlagt, womit der Kauf der Materialien der Silos, sowie der Aufbau der Silos durch acht Handwerksorganisationen bezahlt werden sollte. Aber der Vizeminister für Ernährungssicherheit erklärte, dass man „aus Gründen der höheren Gewalt“ und aus Zeitgründen dies nun nicht mehr realisieren könne.

Dass nun aber das Programm zum Schutz und zur Lagerung der Ernten nicht durchgeführt wird, heisse aber nicht, dass die bereitgestellten Gelder nicht für etwas anderes genutzt werden. Laut der Website des Systems der integralen Buchhaltung (SICOIN) wurden Überweisungen durch das Ministerium getätigt und es verblieben noch knapp 13 Millionen Quetzales (1,52 Millionen Euro). Anonyme Quellen aus dem MAGA gaben an, dass die Gelder für Nahrungsmittelkörbe ausgegeben wurden, die den Familien, die die Silos bekommen sollten, übergeben werden. Diese anonymen Angaben wurden bis dato durch das MAGA nicht bestätigt. Anrufe und Nachrichten von elPeriódico wurden nicht beantwortet. Die Praxis der Nahrungsmittelkörbe ist sehr umstritten im Kampf gegen den Hunger.

Nach Aussagen von Karin Slowing, Ökonomin und ehemalige Chefin des Sekretariats für Planung der Präsidentschaft (SEGEPLAN), sei es bedauerlich, dass der Silobau nicht durchgeführt werde. Dieses Programm hätte die Arbeit der KleinbäuerInnen gefördert, da ihre Ernten sicher gewesen wären, bis sie verkauft oder von ihnen selbst konsumiert gewesen wären. Slowing sieht als Grund für die Annullierung des Programms die finanziellen Probleme der Regierung, aber auch in der Schwierigkeit, Einkäufe durchzuführen - ein langwieriger Prozess, den das Gesetz über Vertragsabschlüsse des Staates definiert. Indem man auf das Programm verzichtet, kann das MAGA schneller sein Budget ausgeben, in dem es in andere Aktionen investiert. Damit wird die Verwaltung gestärkt, die Qualität der Aktionen allerdings nicht, so Slowing. Auch müsse der Vizeminister für Ernährungssicherheit in Aktionen investieren, die den Hunger effektiv bekämpfen und nicht auf Nahrungsmittelkörbe zurückgreifen. Nur so könne der Armutskreis durchbrochen werden. Das Programm zum Bau von Silos existiert seit 1979. Dies ist das dritte Jahr, in dem es nicht ausgeführt wurde. 2016 sollten 40.000 Silos gebaut werden, in denen 480.000 Zentner Getreide gelagert werden können, was 200.000 Menschen zu Gute gekommen wäre und den Verlust von 72.000 Zentner Mais vermieden hätte.

Weitherin ergaben Daten des Nationalen Informationssystems (SIINSAN), dass bis zum 31. Juli nur 31% der knapp fünf Millionen Quetzales (584.000 Euro), vorgesehen für die Verringerung der chronischen Unterernährung, ausgege-

ben wurden. Man hofft, bis Ende des Jahres zumindest 70% ausgeben zu können. 36,7% der Kinder sind von chronischer Unterernährung landesweit betroffen. Ziel der Regierung ist es, diese um 10 Prozentpunkte zu senken. Dies könne aber nur geschehen, wenn alle Institutionen und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, was sich in der Praxis als schwierig gestaltet. Unter der PP-Regierung als Null-Hunger-Pakt (Pacto Hambre Cero) bekannt, läuft das Projekt mit gleicher Zielstellung unter dem Namen 'Strategie zur Prävention der Chronischen Unterernährung 2016-2020'. Es umfasst vier Komponenten: Gesundheit, Bildung, Zugang zu Wasser und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Familien. Die Bildung soll zu neuen Hygiene- und Ernährungsverhaltensweisen in den Familien führen. Da aber nicht alle vier Komponenten gleichzeitig die Familien erreichen, sind die Resultate nicht so, wie man sich erhoffte. Kritiklos bleibt aber auch diese Strategie nicht. Adrián Zapata, Koordinator des Entwicklungsprogramm der USAC (IP-NUSAC), versichert, dass diese Strategie viele Jahre brauchen werde, um die Unterernährung zu verringern, wenn es nicht auch eine Politik der ländlichen Entwicklung gebe. „Solange nicht die Armut bekämpft wird, ist die Strategie nicht nachhaltig, da die Armut im direkten Zusammenhang mit der Unterernährung steht“, sagt er. (EP)

## **¡Fijáte!**

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

### **Redaktion:**

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Achtung:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6